



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

IX/39 - 16.2.54

Hinweise
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 21831-33
Fernschreiber 039 890

SPD - gefährlichster Gegner Pankows	S. 1
Hilferuf aus Spanien	S. 3
Das Sparprogramm der CSU	S. 4

Ein "Torpedo" aus Bernau

(sp) - Berlin

In der DDR hat seit kurzem ein neuer besonders heftiger Abschnitt des Kampfes gegen die Sozialdemokratie begonnen. Er wäre widersinnig, wenn, wie leider in Westdeutschland in bestimmten Kreisen immer wieder verbreitet wird, die Politik der SPD sowjetischen Vorstellungen in der Frage der Deutschlandpolitik und auf anderen Gebieten Vorschub leisten würde. Käme die Wiedervereinigung Deutschlands eines Tages zustande, auf friedliche Weise, versteht sich, dann wäre es um die Herrschaft der Leute geschehen, die heute die Sowjetzone als Beauftragte Moskaus in ihren Händen haben. Kommt es dazu einstweilen nicht, weil sich die vier Großmächte nicht in den entscheidenden Fragen einigen können, so ist das Regime von Pankow stabilisiert. Dieser Fortbestand sichert das Weiterbestehen auch der Bundesregierung, das den Herren in Pankow bei aller Antipathie gegen Bonn natürlich ungleich lieber ist, als wenn auch sie von der Bühne verschwinden müßten. So ist es kein Wunder, daß sich die Angriffe der politisch bestimmenden Kräfte mit größter Intensität gegen die SPD, den entschiedensten Befürworter der friedlichen Wiedervereinigung, richtet, denn hier wird der eigentliche Gegner auf deutschem Boden vermutet, wenn es einmal zur großen gesamtdeutschen Lösung und Klärung kommen sollte.

Dieser Tage hat sich ein bezeichnender Vorgang in dem

Metallverarbeitungswerk "Torpedo" in der kleinen märkischen Stadt Bernau zugetragen. In dem Betrieb wurden Diskussionen über die Außenministerkonferenz geführt, dabei kam man auf freie Wahlen und im Zusammenhang damit auf die Frage einer Neuzulassung der SPD für das Gebiet der DDR zu sprechen. Eine volle Zeitungsseite im "Neuen Tag", der in der Ostzone erscheint, ist dieser Tatsache gewidmet, und zwar von der Bezirksleitung der SED in Frankfurt (Oder). Die Auseinandersetzung mit der SPD, im Zusammenhang mit der Forderung auf Zulassung, beginnt mit den Worten: "Das, Kollegen, ist eine feindliche Forderung, die sich gegen die Interessen der Arbeiterklasse in der DDR, ja gegen die Interessen der Arbeiterklasse ganz Deutschlands richtet" und dann wird über fünf Spalten vom Leder gezogen.

Es ist hier unmöglich, auf Einzelheiten einzugehen. Die Quintessenz wird noch einmal am Schluß herausgearbeitet:

"Eins ist sicher: Die Arbeiterklasse der DDR braucht keine SPD. Sie hat ihre Interessenvertretung in der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands. Die Arbeiterklasse in der DDR, die alle Anstrengungen macht, um in ganz Deutschland die Aktionseinheit der Arbeiterklasse herzustellen, wird alles tun, um jeden ehrlichen sozialdemokratischen Arbeiter von dem verbrecherischen Treiben der rechten SPD-Führung zu überzeugen. Sie wird alle Anstrengungen machen, damit solche Kreaturen wie Ollenauer, Mellies, Carlo Schmid und andere recht bald im Interesse der Arbeiterklasse auf dem Misthaufen der Geschichte landen. Wer auf solche Theorien wie die Zulassung der SPD hineinfällt, macht sich zum Sprecher der Feinde der Arbeiterklasse".

Es ist gewiß kein Zufall, daß im Januarheft des Zentralkomitees der SED "für alle Parteiarbeiter" (drei Druckseiten) - "Neuer Weg" - sich gleich zwei umfangreiche Aufsätze finden, die die Überschrift tragen: "Festigung der Partei bedeutet ständigen Kampf gegen alle Erscheinungsformen des Sozialdemokratismus" und "Die rechten SPD-Führer unterstützen die amerikanische Kriegspolitik" (zwei Druckseiten).

Nun haben die Amerikaner ihr eigenes Urteil über die sozialdemokratische Unterstützung ihrer, der amerikanischen, Politik und sicher wird es auf diesem Gebiet gerade in der nächsten Zeit noch zu manchen Auseinandersetzungen kommen, wenn sich zeigen wird, wie weit die Berlin-Konferenz ein Fehlschlag war, wie weit sie doch Anknüpfungspunkte für weitere Bemühungen schuf und welche Konsequenzen die amerikanische Politik aus alledem zu ziehen gewillt ist, aber darauf kommt es in diesem Augenblick weniger an als darauf, aus solchen giftgeschwellenen Angriffen gegen die SPD zu erkennen, wo das östliche Regime seinen gefährlichsten Gegner in einer gesamtdeutschen Zukunft, die schließlich doch kommen wird, sieht, und daß sie ihn deshalb bereits heute sozusagen vorweglich in den Augen der Sowjetzonenbevölkerung hoffnungslos diskreditieren will.

Vor einem neuen Terror-Urteil in Franco-Spanien

-t Der jüngste Partner der Vereinigten Staaten, General Franco, bereitet in diesen Tagen einen neuen Anschlag auf die Worte der Zivilisation vor, für deren Verteidigung sich die westlichen Länder zusammengeschlossen haben. Zehn spanische Sozialisten, Arbeiter und Studenten, die seit über zwei Jahren im berüchtigten Carabanchel-Gefängnis in Madrid in Haft gehalten worden, sollen Anfang März vom Militärgericht in Madrid wegen "Vorbereitung zum Hochverrat" abgeurteilt werden.

Die beiden Hauptangeklagten sind Manuel-Fernandez Grandizo y Martinez und Jaime Rodriguez. Beide sind alte sozialistische Kämpfer und haben an dem von Franco entfachten spanischen Bürgerkrieg teilgenommen. Martinez gehörte seinerzeit zur Führung der "POUM". (Vereinigte Marxistische Arbeiter-Partei). Beide waren in der Bürgerkriegszeit nach den Maikämpfen in Barcelona wie viele andere sozialistische, anarchistische und nicht-kommunistische Kämpfer gegen Franco von den dortigen kommunistischen Behörden zu dreißig Jahren Gefängnis verurteilt worden. Sie konnten mit der zurückflutenden republikanischen Armee nach Frankreich flüchten. Dort wurde Rodriguez von der Gestapo verhaftet und kam in ein deutsches Konzentrationslager. Martinez ging nach Mexiko. Beide kehrten nach dem Kriege in ihre Heimat zurück. Martinez hatte unter dem Namen "Munis" in Mexiko und in Frankreich mehrere politische Schriften und eine bedeutende Darstellung des spanischen Bürgerkriegs veröffentlicht.

Die Angeklagten bestreiten nicht, eine illegale sozialistische Diskussionsgruppe gebildet zu haben. In dieser, im freien Europa ja wohl als berechtigt und normal anerkannten gemeinsamen Diskussion weltanschaulicher und politischer Fragen bestand die ganze "hochverräterische" Tätigkeit der zehn Angeklagten. Ihrer antiklerikalen und sozialistischen Gesinnung wegen sollen sie verurteilt werden.

Gewiß, die Schergen Francos vom Madrider Militärgericht werden es im Hinblick auf Spaniens internationale Beziehungen nicht wagen, Todesurteile auszusprechen. Aber Martinez und Rodriguez und den übrigen Angeklagten droht eine zwanzigjährige Zuchthausstrafe. Keiner von ihnen ist mehr seines Lebens sicher, wenn er erst einmal endgültig hinter den Kerkermauern verschwunden ist. Es ist höchste Zeit, die Weltöffentlichkeit auf das bevorstehende neue Attentat gegen die Menschenrechte hinzuweisen.

Warum werden die Angeklagten (keiner von ihnen war im Besitz von Waffen), vor ein Militärgericht geschleppt, während sie doch vor ein Zivilgericht gehören? Warum durften sie keine Rechtsanwälte nehmen? Warum wurde die Voruntersuchung (genau so wie in Ländern unter kommunistischer Diktatur) geheim geführt? Warum wurde einem englischen Rechtsanwalt, der darum gebeten hatte, als Beobachter zum Prozeß zugelassen zu werden, das Visum verweigert?

Das Franco-Regime, das seine Existenz Hitler und Mussolini verdankt, nährt auf seine Art die kommunistische Propaganda gegen den Westen, indem es mit den elementarsten Menschenrechten Schindluder treibt.

+ + +

Weder christlich noch sozial

K.T. - München

Wenn man es nicht schwarz auf weiß gelesen hätte, so könnte man glauben, daß die vor einigen Tagen in München vor dem christlich-sozialen Politiker und bayerischen Landtagsabgeordneten Junker gemachten Angaben über ein von der CSU beabsichtigtes Notgesetz für drastische Sparmaßnahmen im bayerischen Haushalt aus dem Munde eines weltfremden politisch ungeschulten Laien kommen.

Der Abgeordnete Junker hat Anstoß an dem Defizit des bayerischen Haushalts genommen und anstatt nur bei notwendigen Sparmaßnahmen jene Posten des Etats unter die Lupe zu nehmen, die einen Abstrich vertragen können, wählt Junker den Weg des geringsten Widerstandes. Er schlägt nämlich vor, um das 140 Millionen € Defizit für das nächste Rechnungsjahr auf 95 Millionen Mark herabzusetzen, (und die CSU-Fraktion des bayerischen Landtags erklärt sich damit einverstanden), die Schulgeldfreiheit teilweise und die Vergünstigungen für Schwerkriegsbeschädigte (Freifahrt), soweit sie über den vom Bund gesteckten Rahmen hinausgehen, ganz aufzuheben. Weiter könne man beträchtliche Gelder dadurch einsparen, wenn die Röntgen-Reihenuntersuchungen in den Schulen und für die arbeitende Bevölkerung völlig außer Kraft gesetzt werden.

Neben diesem Generalangriff auf soziale Einrichtungen, die auch außerhalb Bayerns große Anerkennung gefunden haben, sind weitere von Junker geforderte Maßnahmen geradezu als sensationell anzusehen. Dennoch fordert die CSU, die immer wieder in bayerischen Landtag gegen

neue Ansprüche des Bundes wettort und in jeder Maßnahme des Bundes gegen die Länder einen Zentralisierungsanspruch des Bundes erblickt, die Übernahme der landeseigenen bayerischen Grenzpolizei durch den Bund. Wer sich der heißen Debatten der CSU-Politiker im bayerischen Landtag um eben jene Grenzpolizei erinnert - "die bleibt bayerisch und wenn sich der Bund auf den Kopf stellt" - muß sich fragen, welche Gründe hier vorliegen, daß aus dem Saulus ein Paulus wurde. Ist das etwa der Beginn des Abbaues des bayerischen Föderalismus der CSU zugunsten des CSU-Zentralismus in Bonn oder hat man wirklich naiverweise geglaubt, daß sich im Plenum des bayerischen Landtags für derartige "drastische Sparmaßnahmen" eine Mehrheit findet?

Die beabsichtigte Aufhebung der Schuldgeldfreiheit und der Vergünstigungen für die Schwerkriegsbeschädigten wird auf den geschlossenen Widerstand der SPD stoßen. Die Christlich-Soziale-Union mag ihren Wählern ihre "drastischen christlich-sozialen Sparmaßnahmen" begründen. Den davon Betroffenen sind allein schon die gestellten Forderungen unverständlich. Noch unverständlicher aber würden sie sein, wenn das von Junker geforderte Notgesetz Wirklichkeit werden sollte. Ein Notgesetz, das weder christlich noch sozial ist und nebenbei starke zentralistische Tendenzen aufweist.

+ + +

Deutsche Häfen brauchen Geld

In der Weltschifffahrt hat sich der Begriff "Schneller Hafen" sehr klar durchgesetzt. Reader sparen Devisen, Verladler achten auf die prompte Abfertigung. Liniendienste werden stets den bestausgerüsteten Platz bedienen. Für die deutschen Welthäfen ergaben sich schon aus der Kriegsschäden wesentliche Schwierigkeiten, die durch den entschlossenen Einsatz aller Kräfte ausgeglichen werden konnten und die Wettbewerbslauf nicht beeinträchtigten. Dafür fordert heute die Anpassung an den letzten Stand der Technik neue Aufwendungen, die nicht ohne Bundeshilfe zu bewältigen sind. Der Faktor "Schneller Hafen" kann durch RADAR auch bei schwierigsten Wetterbedingungen durchgesetzt werden. In Hamburg sind die entsprechenden Versuche bereits vorgenommen worden. Doch die endgültige Einführung des "Hafen-Radars" wird aus finanziellen Gründen noch nicht erfolgen! Die Nachbarhäfen in Holland, Belgien, England und Frankreich haben bereits entsprechende Anlagen erhalten und sind damit in der Lage, unabhängig von der Witterung dienstbereit zu sein. Es ist jetzt an der Zeit, auch für die deutschen Hafenplätze diese modernen Leit-Einrichtungen aufzustellen, um einen Anschluß nicht zu verlieren, der mit schweren Opfern erkämpft werden mußte.

-mer